

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1911. Nr. 584.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 204.

Wannsprei für Halle a. S. und Bismarck 2.50 M., durch die Post bezogen 3 M. für das Vierteljahr.
Die Sächsische Zeitung erscheint wöchentlich ausgenommen an Feiertagen.
Grunderlohn 1 M. 50 Pf. (Sonntagsausgabe). 3 M. Unterhaltungsblatt (Sonntagsausgabe). Einzelhefte 10 Pf.

Zweite Ausgabe

Einzelheft 10 Pf. für die Post bezogen 12 Pf. für Halle a. S. und den Großteil
20 Pf. auswärts 30 Pf. Resten am Schluss der redaktionellen Zeit die Halle 100 Pf.
Einzelgenossenschaft bei der Expedition in Halle a. S. und bei allen benannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße Nr. 61 n. 62.
Telephon 135 u. 158; Redaktions-Telephon 1372.
Verleger: Dr. Walter Gebelstein in Halle a. S.

Wittwoch, 13. Dezember 1911.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30.
Telephon Amt Anzeiger Nr. 6290.
Druck und Verlag von Curt Thieme in Halle a. S.

Die Arbeitgeberverbände und die Mannschaften des Heerlaubtenstandes.

Der Vorstand des Heerlaubtenbundes der deutschen Landeskriegerverbände richtet an sämtliche Arbeitgeberverbände Deutschlands folgendes Schreiben:

Mitgliedlich müssen diese Tausende von Mannschaften des Heerlaubtenstandes auf mehrere Wochen ihre Arbeitsstellen verlassen, um die gesetzlich vorgeschriebenen militärischen Übungen abzuleisten. Für diese Zeit wird wohl von Staatswegen für ihre Familien gesorgt; nicht selten aber verlieren die Eingezogenen ihre Stellung; sie finden einen anderen an ihrem Platze, wenn sie von der Übung zurückkommen.

Wiederholt haben unsere Vereine und Verbände auf ihren Abgeordneten tagen hierüber verhandelt und die Frage erörtert, ob es nicht möglich sei, den eingezogenen Heerlaubten und Landwehrluten ihre Arbeitsstellen zu sichern. Der unterzeichnete Vorstand des Heerlaubtenbundes, der sämtliche deutschen Landeskriegerverbände umfaßt und die Zentralstelle des deutschen Kriegervereinswesens ist, fühlt sich deshalb verpflichtet, für seine Kameraden Arbeiter nach dieser Richtung einzutreten. Wir wissen sehr wohl, daß sich feste Normen irgend welcher Art nicht einführen lassen, denn jeder Arbeitgeber ist in der Wahl seiner Arbeiter frei. Wir möchten indes glauben, daß die deutschen Arbeitgeber ihren gebieterischen Arbeitern, wenn sie wegen einer militärischen Dienstleistung ihre Arbeitsstellen auf einige Wochen verlassen müssen, gern entgegenkommen und nach Möglichkeit sie nach Rückkehr von der Übung wieder einstellen wollen.

Wir sind ferner der Ansicht, daß sich mit der Zeit ein allgemeiner Brauch nach dieser Richtung einleiten würde, wenn die Arbeitgeberverbände Deutschlands ihren Mitgliedern den vorstehenden Wunsch nahelegen und insbesondere die Arbeitsnachweise, soweit solche bestehen, anweisen wollten, im Sinne dieses Antrages zu verfahren. Schließlich möchten wir unsere Bitte auch auf diejenigen Arbeiter ausdehnen, die nach Erfüllung ihrer militärischen Dienstpflicht in das bürgerliche Leben zurückkehren. Es kann ja nicht erwartet werden, daß jeder von ihnen wieder in die Stelle einrücken kann, die er als Heerlaubter verlassen. Soweit es aber möglich ist, bitten wir, die Reservisten nach der Entlassung von der Truppe besonders zu berücksichtigen.

Verbindung höherer Lehranstalten mit Mittelschulen.

Wie man uns schreibt, hat die seit zwei Jahren von der Unterrichtsverwaltung eingeleitete Fortsetzung einer Verbindung von höheren Lehranstalten mit Vorkurs- und Mittelschulen benachbarter Orte sehr erfreuliche Fortschritte gemacht, welche beweisen, daß bei mit dieser Einrichtung verfolgte Zweck erreicht wird. Besonders im Westen der Monarchie wird die Verbindung von Vorkursanstalten mit benachbarten Schulen in ausgedehnter Weise erreicht. So ist allein im Rheinland und Westfalen für 20 Vorkursanstalten eine Verbindung mit einer höheren Schule hergestellt. In Köln und Frankfurt a. M. haben auch Mittelschulen einen solchen Anschluß an eine höhere Schule erhalten. Im Osten und zwar in erster Linie in Ost- und Westpreußen, sind zahlreiche Mittelschulen mit höheren Schulen in Verbindung gebracht. Es handelt sich dabei um kleinere und mittlere Städte, die wegen geringer finanzieller Leistungsfähigkeit zur Errichtung eigener höherer Schulen außerstande sind. Hiernach sind nun Schüler, die nach Absolvierung einer Mittelschule ihre Schulausbildung fortsetzen wollen, gezwungen, in einer anderen größeren Stadt nach Ablegung der Aufnahmeprüfung auf eine höhere Lehranstalt überzugehen. Um die sich hieraus ergebenden Unzulänglichkeiten möglichst einzuschränken, hat die Unterrichtsverwaltung begonnen, einen Zusammenhang zwischen höheren Schulen und Mittelschulen benachbarter Orte herzustellen, der den Uebergang zu den erstere erleichtert. Dieser Zusammenhang besteht darin, daß dem Leiter einer höheren Schule die lehrtechnische Aufsicht über eine benachbarte Mittelschule übertragen wird, die er durch Revision und beratenden Beistand ausübt. Ferner wird auch die Abgangsprüfung von der Mittelschule unter der Leitung des Direktors der höheren Lehranstalt abgehalten, wodurch die früher notwendige Aufnahmeprüfung für den Uebergang in eine höhere Schule in Formfall kommt. Dieses System hat sich in den Orten, wo es bisher zur Anwendung gekommen ist, besonders bei ärmeren Gemeinden, gut bewährt. Infolgedessen mehrten sich immer noch die Anträge auf Fortsetzung einer derartigen Verbindung zwischen höheren Schulen und Mittelschulen.

Der italienisch-türkische Krieg.

Vom Kriegsschauplatz.

Die römische „Agenzia Stefani“ meldet aus Tripolis vom 11. cr., vormittags 11 Uhr:

Nachrichten aus dem türkischen Lager behagen, daß einige Araberhäuptlinge die Türken bald nötigen wollen, den Krieg fortzusetzen. Die Araber beschuldigen die Türken, sie veranlaßt zu haben und drohen ihnen, sie zu verlassen, wenn sie den Krieg nicht fortsetzen. Es wurden Befestigungsanlagen bis 16 Kilometer von Ain Zara auf die Südbühse und die Südbühsefront ausgeführt, doch wurde vom Feinde keine Spur gefunden. In Goms ist alles ruhig. Die Hospitalsschiffe „Regina Margherita“ und „Venti“ sind hier angekommen. Von gestern abend 11 Uhr bis zum 12. Dezember liegen geschossen, und unternehmen heute vormittag von Ain Zara aus eine Befestigung in südwestlicher Richtung und sich dabei auf einige kleine Abteilungen von Arabern, die nach Tarhuna marschierten. Einige von diesen feuerten aus großer Entfernung, verschwanden aber, als sie verfolgt wurden, in den Wäldern.

Ferner meldet die „Agenzia Stefani“ aus Bengasi: In der Nacht zum 11. Dezember griff der Feind einen Teil der vorgeschobenen italienischen Stellung heftig an, wurde aber nach kurzem heftigen Kampfe zurückgeworfen durch einen vom dritten Bataillon des 70. Infanterieregiments glänzend durchgeführten Gegenangriff. Die Verluste des Feindes betragen 200 tote, die auf dem Kampffelde liegen geschossen wurden, und außerdem zahlreiche Verwundete und tote, die unter dem Schutz der Nacht fortgeschickt wurden. Die italienischen Verluste belaufen sich auf 3 tote und 12 Verwundete.

Die angehörigen Graumafanten.

Wie General Canova der italienischen Regierung meldet, wurden bei einer Erkundung am 10. Dezember an einem Hause in Anruh im Osten der Dole vier menschliche Augen angemessen gefunden. Es handelte sich offenbar um ein Nachspiel der an italienischen Soldaten verübten Graumafanten.

In der tunesisch-tripolitanischen Grenze.

Nach einer über Frankreich gegangenen Drahtmeldung aus Tunis versuchten fünf Offiziere in einem Automobil die tunesisch-tripolitanische Grenze in der Nähe von Gabes zu überschreiten und wurden bei Ben Guerban angehalten. Die Offiziere werden nach Frankreich gebracht und dort interniert werden.

Deutschlands Anstrengungen.

„Popolo Romano“ hebt die großen Anstrengungen hervor, die der deutsche Volksgaßer in Konstantinopel machte, um die in der Türkei lebenden Italiener zu beruhigen, und ermahnt gleichzeitig die deutsche und die italienische Regierung, die Probleme abzuwehren, die, wenn sie fortgesetzt werden, eine gefährlichen Niederschlag in der öffentlichen Meinung der beiden Staaten zur Folge haben würde, die seit mehr als 30 Jahren verbündet sind und jetzt noch mehr als bisher ein hervorragendes Interesse daran hätten, auch weiterhin eng verbunden zu bleiben.

Ein englisches Schiff von einem italienischen Kreuzer beschossen.

Nach einer Pariser Wittermeldung hat der Kapitän des am 12. cr. in Marseille eingetroffenen Glasgower Postdampfers „Baron Colwarth“ der dortigen Handelskammer Bericht erstattet darüber, daß ein italienischer Kreuzer am 30. November im Roten Meer fünf Kanonenkugeln auf sein Abgesenget hat, die in der Luft explodierten, die, wenn sie fortgesetzt werden, eine gefährlichen Niederschlag in der öffentlichen Meinung der beiden Staaten zur Folge haben würde, die seit mehr als 30 Jahren verbündet sind und jetzt noch mehr als bisher ein hervorragendes Interesse daran hätten, auch weiterhin eng verbunden zu bleiben.

Die Befestigung der Darbanellen.

Aus Konstantinopel wird gemeldet, daß die Befestigung der Darbanellen mit großer Eifer betrieben wird, namentlich ist das europäische Ufer der unteren Darbanellen durch mehrere Batterien verstärkt worden, der Meldungs- und Signaldienst ist gut organisiert, die Maßnahmen zur Legung von Minen gehen der Vollendung entgegen.

Die Revolution in China.

Die in die Nähe von Kiautschow und Lijerpu geflüchteten Aufständischen haben sich nach dem Eintreffen von Abteilungen regulärer Truppen aus Wunden ohne Kampf zurückgezogen.

In Tokio veranfaßten die dort anwesenden chinesischen Revolutionäre Kundgebungen gegen die deutschen Behörden und drohen mit dem Woykott deutscher Waren.

Bei Redaktionsanschluß wird uns noch aus Peking, 13. Dezember, gemeldet: Heute nacht trifft hier eine russische Abteilung ein, bestehend aus der 2. Kompanie des 5. officinellen Schützenregiments mit zwei Geschützen und zwei Maschinengewehren, im ganzen 350 Soldaten mit fünf Offizieren.

Deutsches Reich.

* Der König von Dänemark als Gast des Kaisers. Der König von Dänemark traf am Dienstagabend im Reuen Palais bei Potsdam ein und wurde vom Kaiser am Portal empfangen. Dem Diner in der Palaisgalerie

wohnte auch der Herzog-Regent von Braunschweig bei. Bei der Tafel saß die Kaiserin zwischen dem König und dem Herzog-Regenten. Anwesend waren ferner der Reichskanzler, von Tirpitz, Staatssekretär des Reichs, der baltische Bevollmächtigte, Staatssekretär von Ribbentrop, die Rabinetschefs von Lynden, von Müller und von Valentini und andere.

* Die 11. preussische Kriegsschule. Die im nächsten Semester geforderte elfte preussische Kriegsschule wird in Womburg errichtet werden.

* Aus der Zweiten Kammer im Königreich Sachsen. Im weiteren Verlaufe der Sitzung am Dienstag, über deren Beginn wir bereits telegraphisch in Nr. 583 der „Säch. Ztg.“ berichteten, machte sich Staatsminister Dr. W. d. g. gegen den Vorschlag, daß die Regierung anfangs ihren Standpunkt nicht energisch genug vertreten hätte. Wenn bedauert worden sei, daß Seiner Majestät Konrad mit dem päpstlichen Stuhl abgeschlossen habe, so sei darauf zu erwidern, daß ein Konrad einem modernen Medizinstudium weniger entspreche als der jetzige Zustand. Die sächsischen Katholiken seien durch die Gesetze misshandelt, geschädigt als durch ein Konrad. Ferner sei bedauert worden, daß die Regierung keine authentische Erklärung über das Motuproprio des Papstes verlangt habe. Er könne mitteilen, daß ihm jedoch ein Schreiben des sächsischen Gesandten in München vorgelegt worden sei, wonach angenommen sei, daß die authentische päpstliche Erklärung in dem Sinne ausfallen werde, wie sie bei beiden Kammern seiner und Eures vorgelegt hätten, daß also das Motuproprio auf Deutschland keine Anwendung finde. Der katholische Bischof in Sachsen habe bisher stets seine Hand zur Aufrechterhaltung des konfessionellen Friedens bereitwillig geboten. Das Ministerium werde es nach wie vor als seine Aufgabe betrachten, die Gewissensfreiheit auch der katholischen Staatsbürger zu wahren.

* Die Bräutler Zuckerkonferenz. Die ständige Kommission der Internationalen Zuckerkonferenz widmete ihre Sitzung am Dienstag der Prüfung eines kombinierten Antrages, auf Grund dessen die Verlängerung der Internationalen Zuckerkonferenz nach deren Ablauf am 1. September 1913 möglichst gemacht werden könnte. Dieser Vorschlag soll von der übergebenen Mehrheit günstig aufgenommen worden sein. Da aber verschiedene Delegierte nicht die erforderliche Legitimation besaßen, um sich über einen solchen wichtigen Vorstoß auszusprechen, hat die Kommission beschlossen, sich erneut am 20. Januar 1912 nachmittags 3 Uhr zusammenzufinden, um zu einer letzten Prüfung der Fragen, die auf der jetzigen Tagesordnung standen, zu scheitern und um eventuell die Erneuerung und Verlängerung der Konvention zu befandeln.

* Die eigentlichen Ziele des Hanfbandes. Die „Berl. Vol. Nachr.“ schreiben: Während bisher immer angenommen wurde, daß die Gründung des Hanfbandes aus einer elementaren Bewegung anfänglich hyperorganischer Erzebe bei der Reichsfinanzreform hervorgegangen sei, hat nach Zeitungsberichten Geheimrat Riecher jüngst erklärt, daß der Gedanke der Gründung des Hanfbandes bereits vier Jahre früher gefaßt sei. Unter diesen Umständen gewinnt für das Urteil, wie in wirtschaftspolitischer Hinsicht der Hanfband in Wirklichkeit gebildet ist, die Tatsache eine besondere Bedeutung, daß Herr Geheimrat Riecher sich vor den Wahlen von 1907, also in der Zeit zwischen dem Ausreten des Plans des Hanfbandes und seiner Durchführung, an die Spitze eines Komitees gestellt hatte, das einen ausschließlich für die freireinnige Vereinigung bestimmten Wahllohn zusammenbrachte. Die freireinnige Vereinigung, die jetzt in die fortgeschrittene Volkspartei übergegangen ist, stand bekanntlich auf einem durchaus freibühlerischen Standpunkte. Außerdem hatte sie einen starken sozialökonomischen Einschlag. Man wird daher Herrn Geheimrat Riecher wohl sicher nicht unrecht tun, wenn man annimmt, daß, als vier Jahre vor dem Ausbrechen des Hanfbandes der Plan zu seiner Gründung gefaßt wurde, das dabei verfolgte wirtschaftspolitische Ziel nicht die Aufrechterhaltung unseres bewährten Systems der Reichsfinanzreform war, sondern dessen allmähliche Abbrückung, etwa im Sinne der jetzigen Volkspartei, war.

* In der Generalversammlung des allgemeinen Annapolisvereins, Dresden, wurde das entsprechende der Bestimmung der Reichsberücksichtigung ordnung revidierte Statut von den Annapolisvereinstellen abgelehnt, weil die Verbortretter den zu § 1922 der Reichsberücksichtigung ordnung gestellten Antrag der Organisation, wonach nicht die Aufrechterhaltung der Reichsrente auf die Annapolisvereinstellen für Wännen und Weisen festgelegt werden sollte, ablehnen zu wollen erklärten. Die Angelegenheit wird nunmehr die Aufsichtsbehörde des Oberbergamts in Dortmund beschäftigen.

Ausland.

Das Marokkoabkommen und die französische Kammer.

Die französische Regierung hat sich damit einverstanden erklärt, daß die Förderung des deutsch-französischen Abkommens in der Kammer am 14. Dezember ihren Anfang nimmt, aber zur Ver-

